

BEGRÜSSUNG

Es gilt das gesprochene Wort

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

sehr herzlich begrüße ich Sie an diesem Abend. Ich tue das ausdrücklich auch im Namen meiner Vorstandskollegen: Sie, die Mitglieder, Förderer und Freunde der Dachauer Wirtschaftsjunioren, heißen wir herzlich willkommen!

Ganz besonders herzlich begrüße ich die Vortragsredner und Diskussionsgäste des heutigen Abends, **Herrn Randolf Rodenstock** und **Herrn Bernhard Seidenath**. Herr Rodenstock ist Geschäftsführender Gesellschafter Optische Werke G. Rodenstock GmbH & Co. KG. Die Vielzahl seiner Ehrenamtstätigkeiten kann ich gar nicht aufzählen. Daher soll genügen: Er ist Präsident der bayerischen Metall- und Elektroindustrie. Er ist Präsident der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (vbw). Diese letztgenannte Funktion macht ihn zum mächtigsten Wirtschaftsvertreter Bayerns. Denn, wie die Süddeutsche Zeitung einst schrieb, Wirtschaftspolitik in Bayern ohne die vbw – das geht nicht. Heute heißen wir ihn willkommen als Vorstandsvorsitzender des Roman-Herzog-Instituts. Diese Einrichtung wird getragen von den bayerischen Arbeitgeberverbänden, der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft, und widmet sich den grundsätzlichen Fragen in Wirtschaft und Gesellschaft. Sie steht in der Tradition ihres Namensgebers, Bundespräsident Roman Herzog, der zu seiner Amtszeit die Tagespolitik kritisch begleitete. Aktuelle Publikationen beschäftigen sich mit der Ethik der Marktwirtschaft, Ökonomik und Theologie sowie der Frage nach der Gerechtigkeit. Ganz herzlich begrüße ich an dieser Stelle auch die Geschäftsführerin, **Frau Dr. Sevsay-Tegethoff**. Im Foyer finden Sie einen Informationsstand aufgebaut, an dem Sie Publikationen des RHI kostenlos mitnehmen können.

Worum geht es heute? „Zukunftsmodell: Marktwirtschaft“ – Fragezeichen? Der Kapitalismus geht an sich selbst zugrunde, davon war seinerzeit jedenfalls Karl Marx¹ überzeugt. Er manifestierte damals die abstrakte Furcht der Mächtigen vor einer neuen Bewegung, dem „Gespenst des Kommunismus“. Erlebt hat Marx den realen Marxismus nicht. Nun, über 160 Jahre später und klüger, ist zwar die kommunistische Lehre sattsam widerlegt. Heutzutage geht ein anderes Gespenst in der Welt umher – das Gespenst des Neoliberalismus. Und wieder ist es die abstrakte Furcht der Mächtigen, die sich dagegen auflehnt. Die wackeren Kämpfer gegen den Neoliberalismus sind sofort mit Erklärungen zur Stelle, wenn es irgendwo auf der Welt kracht: wenn die Wechselkurse verrückt spielen, oder die Rohstoffpreise, wenn Kommunen unter der Zinslast ächzen, oder ganze Länder in Zahlungsnot geraten ... stets sind die Neoliberalen Schuld. Aber: es besteht Hoffnung. Ministerpräsident Horst Seehofer begrüßte im Spiegel-Interview den Zusammenbruch der „Philosophie des Neoliberalismus“ und antwortete auf die Frage „Ist der Neoliberalismus jetzt mausetot?": „Ja, solange ich lebe, schon.“² Basta! – möchte man hinzufügen.

Der Neoliberalismus, der beim Bildungsbürger als Laissez-Faire-Kapitalismus, in seiner verbalen Steigerung wahlweise auch als „zügelloser Turbokapitalismus“ oder – noch rabiater – als „Raubtierkapitalismus“ bezeichnet wird, gehöre also gezähmt, wenn nicht gar als menschenverachtend ganz verboten. Was haben sich die Väter dieser Geisteshaltung eigentlich dabei gedacht? Und was waren das überhaupt für Menschen?

Ich stelle eingangs die Behauptung auf, daß die meisten, die mit dem Kampfbegriff des „Neoliberalismus“ zu Felde ziehen, gar nicht wissen, wovon sie eigentlich reden. Die neoliberalen Vordenker der 30er und 40er Jahren des letzten Jahrhunderts entstammten einer Epoche, während der die Ideologie des Sozialismus in Europa unaufhaltsame Verbreitung fand – sowohl in seiner Urform des Marxismus als auch in seiner Ausprägung des nationalen Sozialismus. Der gerne als „wahre Demokratie“ camouflierte Sozialismus hielt die Bürgerrechte der „liberalen Demokratie“ für entbehrlich, ja geradezu für schädlich, da sie die „Anerkennung des egoistischen, bürgerlichen Individuums“ darstellen und „die Menschenrechte den Menschen daher nicht von der Religion befreien, sondern ihm

Wirtschaftsjunioren Dachau
Christoph Neeb
Sprecher des Vorstands

christoph.neeb@wj-dachau.de
<http://www.wj-dachau.de>

Vorstand:
Maximilian Lindauer
Christoph Neeb (Sprecher)
Florian Schiller
Philipp Seibt
Ralf Weimer

Beirat:
Mark Heinicke
Holger Korte
Peter Schemm
Heike Schmidt

¹ „Hatte Karl Marx doch recht?“, F.A.S.Z. vom 13.06.2010

² „Ich will einen starken Staat“, Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer im Gespräch, Der Spiegel 46/2008

die Religionsfreiheit geben, ihn nicht von dem Eigentum befreien, sondern ihm die Freiheit des Eigentums verschaffen, ihn nicht von dem Schutz des Erwerbs befreien, sondern ihm vielmehr die Gewerbefreiheit verleihen³. Im Kern heißt das also: Die Menschen werden im verwirklichten Sozialismus miteinander eins, so daß Menschen- und Bürgerrechte schon deshalb überflüssig werden, weil es aufgrund der Interessenidentität einer Berufung auf sie nicht mehr bedarf. Im Verständnis des Sozialismus ist das der Zustand „vollkommener Freiheit“, weil der Wille des Einzelnen mit dem Willen der anderen identisch ist⁴.

Als „Weg zur Knechtschaft“ entlarvte der Sozialphilosoph und spätere Nobelpreisträger Friedrich August von Hayek diese Entwicklung, denn Freiheit ist in Freiheitsrechten definiert, was sie garantiert, aber auch begrenzt. Freiheitsrechte erlauben die selbstbestimmte Entfaltung des Menschen in eigenen Angelegenheiten, geben aber grundsätzlich nicht Herrschaft über andere Freiheitsberechtigte. „Man kann ökonomische Freiheit ohne politische Freiheit haben, aber man kann nicht politische Freiheit ohne ökonomische Freiheit haben“⁵, war Hayek überzeugt. Doch die warnenden Stimmen waren leise geworden: der Liberalismus war in Deutschland verachtet, nachdem man in ihm die Ursache für Hyperinflation und Weltwirtschaftskrise sah. Die liberale Schule war weitgehend aus Deutschland emigriert, fand erst in Paris, später in den Vereinigten Staaten eine neue Heimat.

Zur Verteidigung der Freiheit gegen den roten und braunen Sozialismus bedurfte es hierzulande also einer neuen Bewegung, die sich vom klassischen Liberalismus und dessen Ablehnung eines paternalistischen Staates absetzte: „Der neue Liberalismus, der heute vertretbar ist, fordert einen starken Staat, einen Staat oberhalb der Wirtschaft, oberhalb der Interessen, da, wo er hingehört“, forderte der Vordenker des neuen, eben des Neo-Liberalismus, Alexander Rüstow. In Deutschland gehörten Männer wie Walter Eucken, Wilhelm Röpke und Ludwig Erhard zu den Begründern und Verfechtern dieser neoliberalen Marktwirtschaft. Sie waren überzeugt, daß ein sorgfältig durchdachter rechtlicher Rahmen und ein starker Staat, der über die Einhaltung der Regeln wacht, für funktionierende Märkte notwendig seien. Zwar müßten sich Regierungen aus dem Marktgeschehen fernhalten, aber über deren Spielregeln und deren Einhaltung wachen. Der Staat habe eine Ordnungsfunktion, woher sich der Name „Ordoliberalismus“ ableitet.

Dieser deutsche Sonderweg des Neoliberalismus, mußte sich v.a. in den 60er Jahren gegen den Monetarismus verteidigen. In seiner Darstellung der monetaristischen Revolution in Deutschland schreibt der Wirtschaftshistoriker Hauke Janssen: „Die deutschen Neoliberalen Eucken, Röpke und Rüstow distanzieren sich von jeder ungebremsten Kapitalismus-Apologie wie die der Chicagoer Schule, die blind gegenüber allen Defiziten des Systems zu sein schien“⁶. Die Chicagoer Schule, das war die Denkfabrik des Nobelpreisträgers Milton Friedman, dessen Modell als „Monetarismus“ bezeichnet wird.

Worin begründete sich diese Auseinandersetzung? Janssen schreibt: „Die deutschen Ordoliberalen kehrten sich gegen den ‚liberalen Minimalstaat‘ und suchten nach einer vermittelnden Position ‚zwischen einem wohlfahrtsstaatlichen Interventionismus und einem radikal-libertären Politikverzicht‘. [Eucken] erkannte die Notwendigkeit einer Einkommenspolitik zur Korrektur der primären Einkommensverteilung nach sozialen Gesichtspunkten an. Friedman lehnte diese ab. Diese Differenz im ‚Sozialen‘ bestand zu Hayek, der im Beiwort ‚sozial‘ im Terminus ‚Soziale Marktwirtschaft‘ bereits das Einfallstor für anti-marktwirtschaftliche Tendenzen witterte, wie zu Friedman, der einen Liberalismus ablehnte, der ‚die allgemeine Wohlfahrt und die Gleichheit als Voraussetzungen oder Alternativen zur Freiheit‘ erkannte. Für Friedman war Freiheit ‚das höchste Ziel‘. Soziale Verantwortung – bei Eucken Basis – galt Friedman als Gegensatz einer freien Gesellschaftsordnung. Während Friedman im Staat, im Staatsversagen, den letzten Grund der Wirtschaftskrisen ausmachte, bildete ein starker Staat die Voraussetzung des

³ nach K. Marx und F. Engels, zit. in „Roter, brauner und grüner Sozialismus“, Josef Schüßlburner, 2008

⁴ nach Schüßlburner

⁵ zit. in „Philosophie der Freiheit“, Gerd Habermann, 1999

⁶ „Milton Friedman und die ‚monetaristische Revolution‘ in Deutschland“, Hauke Janssen, 2006

Euckens'schen Ordnungsgedankens und damit die Stabilität eines freiheitlichen Wirtschaftssystems. Nach Euckens Meinung hätte sich erwiesen, daß die Gewährung von Freiheit eine Gefahr für die Freiheit werden kann, wenn sie die Bildung privater Macht ermöglicht'. Insbesondere würden die Wirtschaftsakteure danach trachten, lästigen Wettbewerb auszuschalten. Deshalb sollte ein starker Staat die Spielregeln der Wirtschaft garantieren. In diesem Punkt gab es Differenzen zu Friedman, der die Gefahren der Monopole zwar sah, sie praktisch aber für geringfügiger hielt, als die, die von staatlichen Regelungsversuchen ausgingen.⁷

Durchgesetzt haben sich schließlich die deutschen Neoliberalen, deren „Soziale Marktwirtschaft“ zu einem Erfolgsmodell wurde. Ludwig Erhard war jedoch kein Befürworter eines Wohlfahrtsstaats, sondern überzeugt, daß die Marktwirtschaft frei sein müsse: „Je freier die Wirtschaft, um so sozialer ist sie auch“, was Erhard in seinem neoliberalen Credo zusammenfaßte: „Ich meine, daß der Markt an sich sozial ist, nicht daß er sozial gemacht werden muß.“⁸

Wer den Neoliberalismus ausrotten will, bekämpft des Erbe Ludwig Erhards, die Soziale Marktwirtschaft.

Damit ist der erste – und häßlichste – der drei Kampfbegriffe, die wir im Titel zur heutigen Veranstaltung aufgeführt haben, aufgeklärt. Der nächste ist der vermeintlich schönste aus dieser Reihung – die „Soziale Gerechtigkeit“. Es ist der Lieblingsbegriff aus dem Wohlfühljargon von Politikern aller Parteien. Allein das sollte Beleg genug dafür sein, daß wohl jeder etwas anderes darunter verstehen muß. Nobelpreisträger Friedrich August von Hayek resignierte: „Mehr als 10 Jahre habe ich mich intensiv damit befaßt, den Sinn des Begriffs ‚soziale Gerechtigkeit‘ herauszufinden. Der Versuch ist gescheitert; oder besser gesagt, ich bin zu dem Schluß gelangt, daß für eine Gesellschaft freier Menschen dieses Wort überhaupt keinen Sinn hat.“⁹

Es hat deshalb keinen Sinn, weil der Begriff der „Sozialen Gerechtigkeit“ in opportunistischer Weise mit allen beliebigen Inhalten gefüllt werden kann. Eines haben diejenigen, die sich auf deren Verwirklichung berufen, gemeinsam: sie beanspruchen ein besonderes moralisches Gespür und Empfinden für sich, sie machen sich zum Maßstab des Guten und Richtigen, und tragen damit ihr gutes Gewissen zur Schau. Das Schlagwort der „Sozialen Gerechtigkeit“ eignet sich daher immer dann ganz besonders, wenn es Gruppeninteressen, -privilegien oder -vorteile zu erstreiten und zu verteidigen gilt. Das Vokabular läßt sich bedarfsweise erweitern um die Befund der „sozialen Verträglichkeit“ oder den Vorwurf „sozialer Kälte“. Ökonomisch betrachtet sind beanspruchte Sonderinteressen nichts anderes als eine Abschirmung vor Wettbewerb¹⁰. Wann ist ein Zustand „sozialer Gerechtigkeit“ erreicht? Dann, wenn distributive, also „austeilende Gerechtigkeit“ verwirklicht ist: Die Einkommen, die marktkonformes Handeln nach dem Leistungsprinzip erzeugen, müssen also vom Staat kassiert und „sozial gerecht“ umverteilt werden. Vor einem solchen Ende individueller Freiheit warnte auch Hayek: „Der vorherrschende Glaube an ‚soziale Gerechtigkeit‘ ist gegenwärtig wahrscheinlich die schwerste Bedrohung der meisten Werte einer freien Zivilisation... ‚Soziale Gerechtigkeit‘ kann nur in einer gelenkten oder ‚Befehls-‘ Wirtschaft eine Bedeutung erhalten, in der den Individuen befohlen wird, was sie tun sollen“¹¹. Das also ist der kürzeste Weg in den Sozialismus.

Wenn also die „Soziale Gerechtigkeit“ in die Irre führt, ist es dann die Moral, die der Marktwirtschaft den richtigen Weg weist? Nobelpreisträger Hayek ist davon überzeugt: „Die Moral des Marktes bewirkt, daß

⁷ Janssen

⁸ nach „Streiter gegen das Recht des Stärkeren“, Welt am Sonntag, 01.05.2005

⁹ „Philosophie der Freiheit“, Habermann

¹⁰ „Soziale Gerechtigkeit – ein ordnungspolitisches Ärgernis“, Prof. emerit. Manfred E. Streit

¹¹ „Philosophie der Freiheit“, Habermann

wir anderen nützen, nicht weil wir das beabsichtigen, sondern weil sie uns in einer Weise handeln läßt, die trotzdem diese Wirkung hat.“¹²

Das Ansehen der Sozialen Marktwirtschaft ist reichlich ramponiert. Schuld daran tragen auch diejenigen, die in der Marktwirtschaft leben, ihren Ruf aber nicht verteidigen. Denn zu Recht fragt der Managementtrainer und Erfolgsautor Reinhard Sprenger herausfordernd: "Wer steht auf und erklärt es den Leuten, wer steigt in den Ring und kämpft dafür, daß ein freier Markt auch freie Bürger macht, daß wirtschaftliche Freiheit auch Einkommensunterschiede verringert und daß Freiheit ein letztlich unverrechenbarer Wert ist?" Darauf immer wieder hinzuweisen und mit ökonomischem Sachverstand auf Fehlentwicklungen aufmerksam zu machen - auch das ist eine der Aufgaben der Wirtschaftsjunioren, der wir uns stellen werden.

Die Wirtschaftsjunioren sind mit über 10.000 aktiven Mitgliedern Deutschlands größter Verband junger Unternehmer und Führungskräfte. Sie kommen aus allen Bereichen der Wirtschaft, stehen in der Verantwortung ihrer Unternehmen und Familien und engagieren sich für die gesellschaftliche Zukunft unseres Landes.

Allein in Oberbayern gibt es ca. 1.200 Wirtschaftsjunioren, die in 16 Kreisen organisiert sind. Jeder Kreis realisiert einerseits individuelle Projekte mit regionalem Bezug vor Ort und ist gleichzeitig in das weltweite Netzwerk der Junior Chamber International (JCI) eingebettet.

Aufgabe der Wirtschaftsjunioren ist es auch, in der wirtschaftspolitischen Auseinandersetzung das Wort zu ergreifen. Marktwirtschaftliche Grundsätze werden zurückgedrängt, wo sich der Staat berufen fühlt, durch Staatsinterventionen ganze Bereiche den Kräften des Wettbewerbs zu entziehen. Die Folgen sind Ineffizienz, Ressourcenschwund, Lähmung von Eigeninitiative, wirtschaftlicher Verfall. Den Schaden tragen wir alle!

Wieviel Soziales verträgt also die Marktwirtschaft, Herr Rodenstock? Wir sind gespannt auf Ihre Antworten!

xxxxxxxxxxxxxxxxxx

Im Herbst letzten Jahres wurden die Ergebnisse der „Jugendstudie 2009“ veröffentlicht¹³. Teil der Befragung war das Wissen über Wirtschafts- und Finanzthemen. Von den befragten Jugendlichen im Alter von 14 bis 24 Jahren haben 40 Prozent keine Vorstellung vom Begriff der „Sozialen Marktwirtschaft“. Nicht verwunderlich, daß sich ein falsches Bild von Wirtschaft und unternehmerischer Tätigkeit bei den Heranwachsenden festsetzt.

Doch auch bei den Wirtschaftskapitänen ist das Eintreten für die Marktwirtschaft nicht immer überzeugend. Nobelpreisträger Milton Friedman wußte: „Mit einigen rühmlichen Ausnahmen sind Geschäftsleute für die freie Marktwirtschaft im allgemeinen – aber dagegen, wenn es um sie selbst geht.“ Anstatt der unsichtbaren Hand des Marktes eher der Ruf nach der rettenden Hand des Staates?

Was ist das Ziel eines Unternehmens? Gewinnmaximierung, so die häufig lautende Antwort, die sogleich einen Widerspruch zu sozialen oder ökologischen Zielen provoziert. Es herrscht im allgemeinen

¹² „Philosophie der Freiheit“, Habermann

¹³ Die Bank 09/2009, „Wissensdurst und Wissenslücken“

ein großes Mißverständnis über den Sinn wirtschaftlicher Betätigung. Das Ziel von Unternehmen ist es, Güter und Dienstleistungen für ihre Kunden zu produzieren oder – etwas weiter gefaßt – die Befriedigung der unterschiedlichsten Bedürfnisse der Menschen. Der Philosoph Adam Smith stellte das Wohl der Menschen in den Mittelpunkt seiner Theorie, die Absicht der Gewinnerzielung, der Eigennutz des Einzelnen, sind der Antrieb zum Handeln¹⁴.

Stehen Ökologie und Ökonomie im Widerspruch? Wenn man „wirtschaften“ als den effizienten Umgang mit knappen Gütern ansieht, und anerkennt, daß unsere ökologischen Ressourcen ein knappes und endliches Gut sind, ist Umweltschutz mit ökonomischen Methoden unbestritten am besten zu erreichen.

Ökonomie und Gewinn sind kein Selbstzweck. Shareholder Value steht nicht im Widerspruch zu sozialen oder ökologischen Zielen. „Wir sind der festen Überzeugung, daß wir den Aktionären am besten dienen, wenn wir die Interessen der anderen Anspruchsgruppen, unserer Mitarbeiter, Kunden und der Gesellschaft insgesamt ebenfalls gebührend berücksichtigen“¹⁵, so der Chef eines deutschen DAX-Unternehmens jüngst bei der Hauptversammlung. Nur eine auf lange Frist und gegenseitigen Nutzen ausgebaute Kundenbeziehung kann nachhaltig Gewinn erwirtschaften. Nur zufriedene Mitarbeiter sind leistungsfähige Mitarbeiter. Nur die verantwortungsvolle Rolle des Unternehmensbürgers – des Corporate Citizen – in der Gesellschaft schafft soziales Kapital. Manche nennen das Corporate Social Resonsibility, wir Wirtschaftsjunioren berufen uns lieber auf die Prinzipien des ehrbaren Unternehmertums.

Die Forderung nach mehr Anstrengung im Bereich der Corporate Social Responsibility ist das Anliegen unseres zweiten Gasts, Herr Bernhard Seidenath. Er ist Jurist und seit November 2008 Mitglied des Bayerischen Landtags. Zuvor war er Pressesprecher im Bayerischen Sozialministerium und hat sich seit 2001 mit ausgesprochen hoher Kompetenz in das Feld der Sozialpolitik begeben. Im Landtag ist er Mitglied des Sozialausschusses sowie bioethischer Sprecher seiner Fraktion. Seine Forderung an die Wirtschaft: „Unternehmen müssen ihrer sozialen Verantwortung stärker gerecht werden – da sind wir noch unterentwickelt“¹⁶. Dazu hat er ein sozialpolitisches Werkstattgespräch seiner Fraktion einberufen, über dessen Ergebnisse er uns berichten wird.

Wir sind gespannt auf Ihre Erkenntnisse.

Vielen Dank!

Christoph Neeb, Sprecher
Wirtschaftsjunioren Dachau
1.Juli 2010

¹⁴ „Klassiker der Ökonomie“, Hüther [Hrsg.]

¹⁵ Dr. Josef Ackermann, Hauptversammlung der Deutsche Bank AG am 27. Mai 2010

¹⁶ Bayernkurier, „Das Portrait: Seitenwechsel“